



Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Silke Friedrich/Christian Jansen
Auf dem Thie 13

48431 Rheine
silke.friedrich@posteo.de
stadtrat@christian-jansen.de

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Rheine, den 25.10.2023

Wohnangebot für Menschen mit Behinderung: Finanzierungslücke schließen!

Antrag an den Sozialausschuss der Stadt Rheine

Der Sozialausschuss möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, erneut mit einschlägig tätigen/interessierten Trägern der Wohlfahrtspflege ins Gespräch zu gehen, um die Realisierungsbedingungen eines Wohnangebotes für Menschen mit Behinderungen in Rheine zu erörtern:
Bei der Erörterung sollen öffentlich bereitgestellten Mittel einerseits und tatsächlich zu erwartende Kosten von Wohnraum und Betreuung andererseits gegenübergestellt und analysiert werden. Besteht eine Finanzierungslücke? Wie groß ist die Lücke und an welcher Stelle (Investition/Betrieb) entsteht sie?

Zur Verringerung der tatsächlich zu erwartenden Kosten bei guter Qualität soll beispielsweise berücksichtigt werden, inwiefern

- Grundstücksfragen oder die Nutzung vorhandener Immobilien
- Synergieeffekte durch Kooperationsmöglichkeiten, z.B. verschiedener Träger, Institutionen
- Projekte/mögliche Ansätze auf dem freien Wohnungsmarkt einerseits, Einrichtungen nach SGB IX andererseits
- verschiedene Investorenmodelle, Berücksichtigung der Wohnungsbaugesellschaft

einen positiven Einfluss auf die Realisierbarkeit haben.

2. Die Sozialverwaltung wird beauftragt, im nächsten Schritt auf der Grundlage der definierten Finanzierungslücke
 - mit dem Land NRW sowie
 - mit dem LWL
 - gegebenenfalls mit weiteren Institutionenüber die Schließung der eventuellen Finanzierungslücke Gespräche zu führen.

Begründung

Die Sorgen der Angehörigen, der nicht mit einem Wohnangebot versorgten Menschen mit Behinderungen in Rheine, werden bis heute eindrücklich vorgetragen und es ist ein Auftrag des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), allen Menschen Wahlmöglichkeiten zur Teilhabe an der Gesellschaft zu bieten. Angehörige geraten mitunter in unzumutbare Belastungssituationen und das Selbstbestimmungsrecht wird nicht umgesetzt.

Bisher haben potenzielle Träger der Wohnangebote benannt, dass die Finanzierung keine kostendeckende Vorhaltung eines Angebots ermöglicht.

Aktuell kann im Bereich des Wohnens Menschen mit Behinderungen mit erhöhtem Betreuungsbedarf kein Angebot unterbreitet werden. Die bisherigen Gespräche haben zu keinem messbaren Ergebnis geführt und die Menschen keine Perspektive erhalten, ihr Elternhaus zu verlassen. Dies stellt aus unserer Sicht eine nicht hinzunehmende Diskriminierung und für viele Angehörige eine nicht zumutbare Überforderung dar.

Mit dem Prüfauftrag möchten wir Grünen unserer Verantwortung gerecht werden und die Stadtverwaltung beauftragen, die Situation zu analysieren und eine mögliche Realisierung voranzutreiben.



Silke Friedrich
Fraktionssprecherin



Christian Jansen
Stellvertretender Fraktionssprecher